

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf
Lambsdorff, Olaf in der Beek, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/16425 –**

Grüne Wand für Entwicklung und Klimaschutz

A. Problem

Laut Waldzustandsbericht der Food and Agriculture Organisation of the United Nations (FAO) kommt es jährlich zu einem Netto-Waldflächenverlust in Höhe von ca. 7 Millionen Hektar. Die globale Waldzerstörung trägt mit 15 Prozent zu den weltweiten CO₂-Emissionen und somit zum Klimawandel bei. Setzt sich dieser Trend fort, gehen bis zum Jahr 2030 170 Millionen Hektar Wald verloren. Nur über 1 Million Hektar großen Nettozuwachs an Waldflächen würde nach Auffassung der Antragsteller die organische CO₂-Speicherung einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten können.

Insbesondere die Sahelzone in Afrika ist von fortschreitender Degradation und Desertifikation betroffen. In der Folge verlieren die dort ansässigen Menschen ihre Lebensgrundlagen; damit wächst zugleich der Druck zur Migration. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssten die noch verbliebenen Waldgebiete erhalten, vor schädlichen Eingriffen geschützt und einer nachhaltigen Bewirtschaftung zugeführt werden. Die bisherigen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), würden nach Einschätzung der Antragsteller diesen Herausforderungen nicht gerecht. Zudem fehle es in der deutschen EZ an einer wirksamen Erfolgskontrolle der Maßnahmen ihres Waldportfolios.

Die im Jahr 2005 von der Afrikanischen Union (AU) beschlossene „Great Green Wall of the Sahara and the Sahel Initiative“ (GGWSSI) hat sich zum Ziel gesetzt, auf einer Länge von 8.000 Kilometern, von Dakar bis Dschibuti, durch Schaffung eines Bandes aus produktiven Landschaften der Desertifikation Einhalt zu bieten. Die Antragsteller sehen in der zwischenzeitlich erfolgten Weiterentwicklung der GGWSSI zu einem Band nachhaltig bewirtschafteter Sahel-Landschaften mit Bäumen, nachhaltigem Ackerland und gut geschütztem Weideland die große Chance, die vereinbarte Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erreichen und zugleich Millionen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16425 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Uwe Kekeritz
Stellv. Vorsitzender und
Berichtersteller

Peter Stein (Rostock)
Berichtersteller

Dr. Sascha Raabe
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

Dr. Christoph Hoffmann
Berichtersteller

Helin Evrim Sommer
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Peter Stein (Rostock), Dr. Sascha Raabe, Dietmar Friedhoff, Dr. Christoph Hoffmann, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/16425** in seiner 140. Sitzung am 16. Januar 2020 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, im Waldportfolio der deutschen EZ der Implementierung der GGWSSI ein hohes Gewicht beizumessen und diese Initiative ab sofort mit zusätzlichen 50 Mio. Euro direkt zu unterstützen.

Darüber hinaus soll sie sich gemeinsam mit der Europäischen Union (EU) sowie der AU dafür einsetzen, dass bei der Implementierung aller hierzu erforderlichen Maßnahmen, vor allem in besonders bedrohten Gebieten, die natürlichen und sozioökonomischen Bedingungen berücksichtigt und die lokalen Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Dorfgemeinschaften aktiv beteiligt werden. Die bei der Umsetzung erzielten Ergebnisse sollen durch ein unabhängiges, international anerkanntes Institut regelmäßig evaluiert werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16425 in seiner 78. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 57. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der FDP** erläutert, dass die GGWSSI keine neue Idee, sondern ein Projekt sei, welches schon sehr lange, aber bisher eher ziellos vorangetrieben worden sei. Ursprünglich habe ein Engländer die Idee gehabt, einen Waldgürtel von über 8.000 Kilometern quer durch Afrika zu ziehen. Dann habe das Projekt im Laufe der Jahre eine eher kommunale und ländliche Dimension angenommen. Heute gehe es darum, in den Gebieten im Sahel, wo aufgrund der direkten Sonneneinstrahlung eine Bodentemperatur von 40 oder 50 Grad herrsche, eine Art Halbschatten und damit ein günstigeres Mikroklima zu schaffen, bei dem die Landwirtschaft deutlich bessere Ergebnisse erzielen könne. Solche Maßnahmen sollten mit Blick auf die Akzeptanz der ansässigen Bevölkerung mit den jeweiligen Kommunen abgestimmt werden. Zudem würden mit diesem Projekt Arbeitsplätze geschaffen und die Versorgung der lokalen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln verbessert. Darüber hinaus diene die Aufforstung der Bekämpfung der fortschreitenden Degradation und Desertifikation in der Region sowie der Verbesserung des Klimas weltweit. Dieser neue Ansatz werde von der AU mitgetragen. Da viele Staaten eingebunden würden, leiste man nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag zum innerafrikanischen Handel.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßt, dass es eine Initiative der afrikanischen Länder gebe, die von diesen eigenständig geführt werde. Das sei genau das, was man als Entwicklungspolitiker eigentlich seit Jahren fordere, dass nämlich Maßnahmen wirksam und effektiv umgesetzt würden, ohne dass es dazu Eingriffe, Vorschriften oder Unterstützungsleistungen von außen bedürfe. Kritisch sehe man die Forderung der Antragsteller, den Betrag von 50 Mio. Euro direkt leisten zu wollen. Zum einen handele es sich um kein homogenes Projekt der AU, sondern um einzelne kleinteilige Projekte vereinzelter Staaten, wie in Ghana, Mauretanien und Tunesien. Darum werde zutreffender Weise von einem Mosaik gesprochen. Ansonsten würden die Antragsteller immer auf eine europäische Partnerschaft setzen, aber hier werde auf einmal ein nationaler Ansatz verfolgt. Man selbst wolle im Gegensatz dazu kleinere Projekte fördern, vornehmlich in „Compact with Africa“-Staaten, wie es vom BMZ bereits intendiert sei und umgesetzt werde. Dabei müsse im Rahmen von „Good Governance“-Projekten darauf geachtet werden, dass die Menschenrechte bedacht, Compliance-Regeln eingehalten und die Landrechte gewahrt blieben, und dass es im Zuge der Aufforstung keine Verdrängung der regional ansässigen Menschen gebe. Ferner seien Aspekte des Klimaschutzes zu berücksichtigen. Leider sei es so, dass die bisher getätigten Investitionen in Höhe von acht Mrd. Euro für die GGWSSI nicht überall transparent und effektiv umgesetzt worden seien. Vor diesem Hintergrund werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** unterstreicht, dass das Ziel des Projektes GGWSSI an sich sehr gut sei, man aber die Forderungen der Antragsteller aus systematischen Gründen ablehnen müsse. Die entscheidende Frage dabei sei nämlich, wie man das dahinter stehende Anliegen in Zukunft besser unterstützen könne. Dazu habe man bei den Haushaltsberatungen für 2021 sicherlich noch Gelegenheit, ganz konkret und zielgenau nachzusteuern. Das könne beispielsweise in Form von nachvollziehbaren, bilateralen Projekten geschehen. In solchen Fällen mache es Sinn, die Mittel gezielt aufzustocken. Aus diesen Gründen werde die Fraktion der SPD den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** räumt ein, dass der Antrag zwar sinnig sei, aber formale Fehler aufweise. Dazu zähle, dass man heute nicht mehr von einer „Grünen Wand“ spreche. Die AU selbst habe erkannt, dass damit ein falsches Bild suggeriert werde, und man eher von einem Mosaik sprechen müsse. Ferner sollte man die Begrifflichkeiten nicht verwechseln, denn es gehe hierbei nicht um Klimaschutz, sondern um Umweltschutz. Schließlich würden die Antragsteller selbst zu bedenken geben, dass dieses Projekt sich in einer mehr oder weniger unruhigen und ziellosen Bewegung befinde. Dass die Forderung nach immer mehr Geld kein Problem löse, sei das eigentliche Problem des Antrages. Wenn Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner 500 Mio. Euro für die Wiederaufforstung Deutschlands fordere, müsse man sich fragen, was mit den von den Antragstellern geforderten 50 Mio. Euro für Afrika bewirkt werden solle. Man müsse stattdessen die Ursachen bekämpfen, und dazu zählten vor allem die Rodungen. Die Menschen brauchten neue Flächen für ihre Landwirtschaft und Holz, weil sie nicht an die Stromversorgung angeschlossen seien. Bloßes Aufforsten, ohne das ganze System zu verändern, würde nichts bewirken. Insofern sei der Antrag nicht zielführend und werde abgelehnt.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellt klar, dass sie den Antrag der Fraktion der FDP unterstützen werde. Insbesondere die geforderte Einrichtung eines Haushaltstitels sei richtig, ebenso die Vorgabe, keine bestehenden Projekte der Privatwirtschaft zu fördern, sondern einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von dezentralen, den natürlichen und sozioökonomischen Bedingungen angepassten Maßnahmen zu setzen. Man begrüße, wenn gezielt in besonders bedrohten Gebieten investiert werden solle, und ebenso, wenn die lokalen NROs unter maßgeblicher, aktiver Beteiligung der Dorfgemeinschaften mit der Umsetzung beauftragt werden sollten. Der Forderung nach einem unabhängigen Institut zur Evaluierung und zur Erarbeitung von Anpassungsvorschlägen könne man ebenfalls zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schickt voraus, dass man sich wie geplant bei der Abstimmung enthalten werde. Das Ziel des Antrages sei zwar richtig, aber einige wichtige Details würden fehlen. Nach der vorherigen Argumentation der Regierungsfractionen wäre man freilich versucht, dafür zu stimmen. So sei die von den Regierungsfractionen aufgeworfene Frage, wie man sicherstellen wolle, dass die von den Antragstellern geforderten 50 Mio. Euro nicht in korrupte Kanäle abfließen würden, ein naives Argument, weil man sich diese Frage bei jeder finanziellen Transaktion stellen könne. Wenn man so argumentiere, dürfte man überhaupt keine Mittel mehr zur Verfügung stellen. Zum einen gehe es den Antragstellern um kleine Strukturen und kleine Projekte, zum anderen würden sie eine wissenschaftliche Begleitung und Analyse fordern. Das bedeute gerade nicht, dass man einem bestimmten Staat Geld zur Verfügung stelle.

Berlin, den 1. Juli 2020

Peter Stein (Rostock)
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

